

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

60. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf. einschließlich der Postbestellgebühr. Nur Postbezug zulässig. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.

Leipzig, den 21. Februar 1922

Einzelgenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Tagesanzeigen 1 Mk. die fünf-, sechspaltige Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 5 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 22

Zeitsüßel

Von den vielen Begehrten in letzterer Zeit, die unsere Existenz in der Folge noch mehr zu erschweren drohen, heißen mehrere besondere Wachsamkeit. So drängen wiederholt Berichte in die Öffentlichkeit, auch in den „Storr.“, daß Studenten an Hochschulen den Buchdruck ausüben. Wenn dieses „Mimen“ nicht etwa nur in einem Einpausen durch ein paar Tage oder Wochen gedacht ist, sondern eine mehrjährige gründliche Ausbildung vorangeht, so wäre vielleicht eine gewisse Einordnung zum Berufe zu folgern. Aber das ist ausgeschlossen. Wenn Nebenberuf in unkontrollierbarer Zahl in den Buchdruckerberuf eindringen, so werden jahrelange Anstrengungen und Kämpfe der Gehilfenschaft um Sicherung ihrer beruflichen Existenz über den Haufen geworfen, während doch die überausbilde Intelligenzarmee in anderen technischen Berufen, die noch nicht so überfüllt sind, zum Teil ein auskömmliches Fortkommen finden könnte, wie z. B. in der Elektrotechnik, Erdmessung, Höhenluft- und Wasserkräftverwertung, in der großindustriellen und Pflanzenkultur, Obstzucht, Grobimkerei, in Gartenbau, Forst- und höhere Landwirtschaft, wo unausgefüllt über Mangel an Hilfskräften geklagt wird.

Auch Gefängnisdirektoren wollen die Strafgefangenen mehr und mehr der „Schwarzen Kunst“ zuführen. Als ob es nicht genug andre Felder nützlicher Betätigungen gäbe, die rege Hände bedürfen, wie Bruch- und Sbländereien, Stubbelregulierungen, Gebirgsfestlegungen, Straßen- und Wegearbeiten usw., wo die Leute im Freien, in geandrer Luft beschäftigt würden. Steigt der Marktwert wieder und damit die Arbeitslosigkeit, die die Kollegenchaft des öfteren bitter erlebt hat, so werden Verbände wie dessen Angehörige empfindlich dadurch leiden.

Die Wucherpreise der Druckpapier- und Zeitungspapierfabriken steigen in. Maßlose und können nicht scharf genug bekämpft werden. Einmal begrüßt man jene mit Schwefel und Nachschwemmung, da in wieder mit anhaltender Dürre: elementare Erscheinungen, die nicht wiederlegt werden können; Verchiebungen von Papier und Rohstoffen ins Ausland, um hochkurige Zahlungsmittel anstatt der heruntergegangenen Marktwerte einzubringen, mühen aber doch endlich reiflos verhindert werden durch unbefehlliche Grenzschleusen. Die kriterien Bilanzen der Papierfabriken auf Aktien mühen unter staatlicher Kontrolle eingehend geprüft, den Aktionären im Höchstausmaß 10 Proz. bewilligt werden, statt 50 bis 100 Proz. und nicht noch Gratifikationen dazu. Alle 10 Proz. überfließenden Gewinne in allen Aktienunternehmungen mühen dem Staat als Steuern zufallen; es wäre dies ein kleiner Ausgleich gegenüber dem so drückenden Zehnten, der den Schaffenden Kräfte und beflüßelten Massen vom Lohne für die Steuerhaken abgezogen wird.

Die Wucherpreise der Lebensmittelzeuger und -händler klettern türmehoch. Ein Pfund Kartoffeln in Berlin kostete bald so viel wie der Friedenszentner; das bei mittelmäßiger Ernte 1921. Jeder Geschäftsmann hat heute beinahe seine eignen Preise. Als der Dollar Ende November v. J. auf 300 Mk. hinaufschoss, da folgten die Händler sofort mit wahnwitzigen Preisen für ihren Kram, wiewohl sie mit billigen Vorräten von früher eingedeckt waren; inwieweit stieg die Mark auf 200 für 1 Dollar; aber die Händler verlangen immer noch Preise wie zur Zeit von 300, ausgenommen Margarine, die um eilfliche Mark fiel; die ist überhaupt nur zum Kochen, nicht zum Essen für Menschen. Aber der Händlerwucher blüht schamlos, da mühen nie andre Zeiten als Krieg oder Entenseliktatur. Nur ein paar Beispiele als Beleg: Ein Kollege kaufte bei einem Kolonialwarenhändler nächst der Siegfriedbrücke in Schönberg je ein Pfund Bohnen und Erbsen zu 6 bzw. 7 Mk.; in einer größeren Gaststube sah er eingehochte Preiselbeeren: was die kosten? „Das Pfund 7 Mk.“, erwidert der Händler. „Das ist aber billig; wo anders kosten sie 12 Mk. und noch mehr“, bemerkte eine Frau, die kurz vorher den Laden betrat, um etwas einzukaufen. „Sagen Sie das nicht“, ermahnt mein Kollege, „sonst sind sie morgen hier noch teurer“. Es ist nämlich öfter schon geschehen, daß gedanklose Kunden die Wucherer durch solche Redensarten erst recht zu Preisübersteigerungen anreizten. Der Kollege hatte nicht eine Flasche oder Napf zur Stelle und ging nach Hause. Auf dem Wege sah er in einer etwas weiter gelegenen Straße Bohnen und Erbsen von derselben Größe zu 4,50 und 5,50 Mk. Man könnte einwenden, die waren günstiger eingekauft. Andern Tags ging der Kollege in das erstere

Geschäft, um ein Pfund Preiselbeeren mit einer Flasche dazu. Die Frau war da. „Das Viertelpfund kostete 3,75 Mk.“, diktierte diese. „Kann nicht sein“, darauf der Kollege. „Der Mann verlangte doch gestern 7 Mk. für das Pfund“. „Das ist ein Irrtum; wer kauft denn jetzt ein Pfund? 3,75 Mk. das Viertelpfund.“ Der Kollege ging und kauft dort nie wieder. Aber so treibt es der Handel. Vor Weihnachten erging eine behördliche Verordnung, daß die Preise für je ein Pfund auf den Tafeln ersichtlich sein müssen. Kein Mensch richtet sich danach; allüberall sind Viertelpfundpreise in den Auslagen, und die bald ebenso hoch wie bis vor kurzem für ein ganzes Pfund. Ebenso treiben es die Schlächter; die zerhacken das Fleisch lo nachteilig für die Kunden, daß die Knochen die Breiseite bilden, das Fleisch die dünne. Das Brot wird fortwährend teurer und schlechter; damit es schwer wiegt, ist es nah und unausgebunden und hat extra Wasserstreifen. Ist es dann ein Wunder, wenn die Menschen erkranken und dahinsinken? Dabei kaufen sich die Bäcker- und Schlächtermeister ein Haus um das andere; zu den Sportplätzen und Rennen in Grunewald, Hoppegarten, Mariendorf usw. fahren sie in den Autos um 2 Uhr vom Hause ab und kehren gegen 9 Uhr zurück; wenn da 1000 Mk. für die Ausfahrt allein draufgehen — was schadet es? sie bringen es bald wieder herein.

Ein andres Bildchen, fast ebenso niedlich und keinesfalls vereinzelt vorkommend. Eine Kollegenfrau kaufte zum Feiertagsbedarf Eier zu je 4 Mk.; zu Hause entdeckte sie beim Öffnen zwei als verfault (zwei waren gebrauchsfähig). Sie begehrt Auswechslung oder das Geld zurück. „Gute lauch' nich' um!“ verleiht der Mehltrieb. Dabei blieb es; es half kein Einpruch. So kam ein Ei auf acht Mark; dafür gab es vor dem Kriege 150 Stück! Wohin man blickt: Händlertrieb!

Die Habgier der überfassen, feilsten Kohlenleger treibt ihre Preise mörderisch auf die Spitze. Dabei werden vom Kohlenamte monatlang keine Kohlen freigegeben. Die amtliche Verteilung ist so linnreich, daß die drei- und mehr Stubenbesitzer, die meist bloß einen Raum heizen, die Kohlen hochapeln, während die Bewohner nur einer Stube einen Klecks zugemessen erhalten; alle paar Monate einmal, bei einer Dauerhälfte von 15 bis 20 Grad. Ist das nicht schandhaft, daß die arme Bevölkerung sterben muß?! Dazu noch kein Gas, kein Petroleum!

Auch die Hausbesitzer sind solche „Gemütsmenschen“. Die Zwangswirtschaft wollen sie abschaffen und laufen zu diesem Zweck von einem Amte zum andern, von Ministerium zu Ministerium. Sogar bei der französischen Botschaft boten sie ihre Paraden zum Kaufe an, einzeln und in Deputationen. Sie wollen „Serren im Hause“ sein, die Mieten steigern nach Herzenslust; was jetzt Monatsmiete ist, wollen manche jede Woche einhalten usw., unliebame Mieter delogieren wie es ihnen beliebt. Dazu hat ihnen kürzlich das Berliner Mietsamt die Zustimmung zur Kündigung der Mietsverträge gegeben und öffentlich kundgetan, daß noch viel mehr Entgegenkommen den Hauswirten in Aussicht steht. Zunächst also zur Steigerung von 40 auf 70 Proz. der Friedensmiete; hernach vermuthlich Kündigung des Hauszinses. Die Mieter können dann jedenfalls am Tempelhofer Felde mit den Thyrnen komplizieren; was liegt den „Gemütsmenschen“ daran?

An der Zwangsmiete stoßen sie sich. Sa, die Mieter mühen aus den baufälligen Zinshäusern auch fort und in menschenwürdige Wohnstätten, denn Reparaturen werden in den Säulern und Wohnungen schon lange nicht gemacht. Es liegt vieles im argen. Die Kellerwohnungen sind Herde von Erkrankung und Siedtum. Die Grippe und Tuberkulose nimmt von da ihren gräßlichen Verbreitungszug. Seit bald zwei Monaten liegt der Müll bergebend in den Höfen — Zummelplätze für die Ratten und Mäuse. In die Wohnungen dringt außerdem Mist und Gestank.

Für die Lebensmittelgeschäfte gehörten Aufsichtsbeamte zur Kontrolle der Preise und Qualitäten mit Strafmandat auf der Stelle, wie für die Pollisten gegen Straßenunflug. Unausführlich schönen Brauereibesitzer in den Zeitungen über schlechtes Geschäft, hohe Arbeitslöhne u. dgl. Von den Tafeln werden sie Lügen gestraft. Die Engelhardt-Brauerei in Berlin erzielte nach ihrem jüngsten Jahresberichte bei einem Betriebskapital von 18 Mill. Mk. einen Rohgewinn von über 121 1/2 Mill. Mk., wovon sie nach reiflicher Prüfung der Bilanz nur 4 Mill. Mk. Reingewinn ausweist, 18 Proz. Dividende verteilt und 3,2 Mill. Mk. für „Abschreibungen“ anweist. Wann wird endlich ein reinigender Fußzug einleiten?

Berlin.

S. Krebs.

Wohnungsfragen

Mieterorganisationsfragen

Wenn die Mieter einen Einfluß auf das Bau- und Wohnungswesen sowie auf die Mietsverhältnisse gewinnen wollen, so ist es ohne Zweifel unbedingt notwendig, daß die vielen Mieterorganisationen und -organisationsstellen sich zum mindesten zu einer einheitlichen zentralen Organisation, die naturgemäß in enger Fühlung mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und der Afa stehen muß, wenn sie Aussicht auf erfolgreiche Unternehmungen haben und auf der andern Seite die Unterstützung der gesamten Angestellten- und Arbeiterchaft finden will. In Bestrebungen nach dieser Richtung fehlt es in den betreffenden Kreisen nicht; auch ist es gelungen, die Mieterbesitzer aus dem ganzen Reich einander näher zu bringen, um auf diese Weise einen größeren Einfluß auf die Spruchpraxis der Mieteinigungsämter zu erlangen.

Auf der kürzlich in Dresden abgehaltenen Tagung der deutschen Mieteinigungsämter waren nämlich etwa 100 Mieterbesitzer vertreten, die es durchzuführen vermochten, daß sie in den Vorstand des neugegründeten Reichsverbandes der Einigungsämter, der aus neun Personen besteht, drei gleichberechtigte Vertreter aus ihren Reihen entsandten. Der Vorstand des genannten Verbandes besteht demnach aus Vorständen der Einigungsämter, Hausbesitzer- und Mieterbesitzern. Die Zusammenarbeit dieser drei Gruppen soll laut Beschluß der Tagung der Mieteinigungsämter auf die Einigungsämter der einzelnen Orte ausgedehnt werden insofern, als die Vertrauensleute der Gruppen mit der Ausarbeitung von Richtlinien für die Spruchpraxis betraut werden. Im weiteren Verlaufe dieser Angelegenheit haben nun die Mieterbesitzer aller 20 Verwaltungsbezirke in Berlin eine Besprechung abgehalten, in der sie beschloßen, zur Erzielung eines einheitlichen Vorgehens eine freie Vereinigung der Mieterbesitzer von Groß-Berlin zu gründen. Diese Vereinigung soll auf das ganze Reich ausgedehnt werden.

Der Entwurf eines neuen Mieterschutzgesetzes

Obwohl den Mieteinigungsämtern im allgemeinen nicht gerade erhebliches Vertrauen entgegengebracht wird, so ist es doch empfehlenswert, mit Hilfe der vorhandenen Organisationen einen gewissen Einfluß auch auf diese Institutionen zu gewinnen und dazu beizutragen, daß sie nicht als Mietssteigerungsämter, sondern als Behörden angesehen werden, die zum Schutze der Mieter geschaffen worden sind. Vor kurzem hat die Reichsregierung dem Vorläufigen Reichswirtschaftsrat und dem Reichsrat den Entwurf eines Gesetzes übermietet, das sich mit der Neuregelung des Mieterschutzes sowie des Verfahrens vor den Mieteinigungsämtern befaßt. Nach diesem Entwurfe darf dem Mieter nur gekündigt werden, wenn erstens der Mieter oder ein Angehöriger seines Hausstandes den Vermieter oder einen Hausbewohner erheblich belästigt oder den gemieteten Raum bzw. das Gelände durch unangemessenen Gebrauch erheblich gefährdet, oder wenn er einen Raum ohne Zustimmung des Hauswirts vermietet; zweitens wenn an zwei aufeinanderfolgenden Terminen der Mietzins bzw. ein nennenswerter Teil desselben nicht bezahlt wird, vorausgesetzt, daß es sich nicht um einen Irrtum handelt; und drittens wenn der Vermieter aus besonderen Gründen ein derartig dringendes Interesse an der Wiedererlangung des Mietraums hat, daß auch bei Berücksichtigung der Verhältnisse des Mieters die Vorenthaltung eine schwere Unbilligkeit für den Vermieter darstellen würde. Damit soll natürlich nicht etwa gesagt sein, daß es jemandem, der sich ein Haus gekauft hat, ohne weiteres gestattet sein soll, einem Mieter zu kündigen, lediglich, um sich eine Wohnung in diesem Hause zu verschaffen. Wenn einem Mieter aus dem zuletzt genannten Grunde gekündigt wird, so besteht nach dem Entwurfe für den Vermieter die Pflicht, die Umzugskosten des betreffenden Mieters zu bezahlen; vorausgesetzt, daß die Vermögens- oder Einkommensverhältnisse des Vermieters erheblich bessere sind als die des Mieters. In jedem Falle soll es dem Vermieter zur Pflicht gemacht werden, vor der Kündigung beim zuständigen Amtsgericht

eine Aufhebungsklage einzureichen. Anders liegen die Verhältnisse in bezug auf die Untervermietung. Der Vertrag über ein möbliertes Zimmer kann aufgehoben werden, wenn der Vermieter ein begründetes Interesse an der Wiedererlangung des vermieteten Zimmers hat; eine Vergütung für den Umzug kommt in diesem Falle nicht in Frage.

Die zwangsweise Entfernung eines Mieters aus dem gemieteten Räume wird nach dem Entwurf in besonderen Fällen zugelassen; in der Regel soll dies jedoch nicht geschehen, bevor nicht ein anderweitiger Raum besorgt worden ist.

Von einer Aufhebung der Zwangswirtschaft für gewerbliche Räume ist in dem Entwurf nicht die Rede, da die genannten Bestimmungen für alle Räume gedacht sind. Allerdings sollen die Bestimmungen für Neubauten nicht zur Anwendung kommen, da diese dem Beschlagnahmegericht nicht unterliegen. Ebenso würden Wohnungen gemeinnütziger Bauvereine nicht unter die Bestimmungen fallen.

In bezug auf die Mieteinigungsämter steht der Entwurf eine Änderung insofern vor, als die Entscheidungen der Mieteinigungsämter nicht mehr unanfechtbar sein sollen; es soll vielmehr die Anrufung einer von der obersten Landesbehörde zu ernennenden Bescheidstelle zulässig sein, und zwar wenn der vom Mieteinigungsamt gefällte Entscheid auf einen Formfehler zurückzuführen ist. Für den Vorfallenden sowie für die Besitzer sind neue Vorschriften gegeben; für die letzteren sollen diejenigen gelten, die für die Schiffen in Betracht kommen.

So haben wir also wiederum ein neues Gesetz zu erwarten. Sollenlich wird es beruhtig ausgebaut, daß man von einem wirklichen Mieterrechte zu reden in der Lage ist. Dasselbe gilt auch hinsichtlich der Mieteinigungsämter.

Am 16. Februar d. J. hat der Reichstag endlich die zweite Lesung des Reichsmietengesetzes zum Abschluß gebracht; die dritte endgültige Lesung wird erst im Laufe dieser Woche zur Erledigung kommen, weshalb an dieser Stelle erst später näher darauf eingegangen werden kann. rk.

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Bei Konditionsangeboten aus Ostpreußen sind unbedingt vorher Erkundigungen beim dortigen Bauvorstand einzuziehen. Kollegen! Ist strengste Solidität mit den ostpreußischen Tarifkämpfern!

Miltenburg. Am 26. Januar waren 26 Jahre verstrichen, daß unser früherer langjähriger Vorsitzender und Arbeitsnachweiser- und Reisekostenverwalter, Kollege Emil Sturm, in den Vorstand gewählt wurde. Mit Ausnahme des Jahres 1899 gehörte er demselben ununterbrochen an, zunächst als Beisitzer, dann vier Jahre als Schriftführer und bis zum Jahre 1914 Jahre als Vorsitzender. Immer hat er seine volle Kraft in den Dienst der Organisation gestellt. Ihm zu Ehren veranstaltete der Ortsverein Dienstag, den 21. Februar, abends 8 Uhr, im Volkshaus „Goldener Pflug“, eine kleine Feier.

Bunzlau. Nach Entgegennahme des Klassenberichts nahm die Versammlung am 4. Februar Stellung zu dem Ergebnisse der letzten Tarifverhandlung. Vorsitzender Zukowsky entrollte ein Bild von den Schwierigkeiten auch der Lohnverhandlungen anderer Berufe und den immer größer werdenden Widerstand der Unternehmer, um dann zu unsern Verhandlungen überzugehen. Die Versammlung teilte den Standpunkt des Vorsitzenden, daß unsere Vertreter vor ihre Schuldigkeit getan haben, und daß es bei der jetzigen Situation nicht möglich war, mehr herauszubekommen. Erregung verurteilte eine in den Mitteilungen der schließlichen Prinzipaltät vor den Leipziger Verhandlungen im Januar erlebte sogenannte Bekannmachung des Prinzipalvertreters Jungfer (Breslau). In derselben plädierte Herr Jungfer für Ablehnung der Gehilfenforderungen und erbat sich, um eine Kreisversammlung zu vermeiden, Mandat zu einer ablehnenden Stellungnahme im Tarifausschuß. Die aus den ortswelt erbetenen Zustimmungen sich ergebenden Konsequenzen müßten allerdings die Prinzipale auf sich nehmen. Diese Scharmacherei ist verpufft; der läche Rat des Herrn Jungfer hat die schließlichen Prinzipale in die Lage gebracht, sich selbst desavouieren zu müssen. Der Vorgang zeigt aber, wie von Prinzipalvertretern Stimmung gegen die Forderungen der Gehilfenchaft gemacht und für Konfliktlust gefordert wird. Herrn Jungfer soll dieser Streich nicht vergessen werden! Nach Erledigung einiger Vereinsangelegenheiten betonte der Vorsitzende, daß im laufenden Jahre die Kollegenschaft unbedingt einig und geschlossen dastehen müsse, damit uns nicht eines Tages die Unternehmer überrumpeln.

-ch. Hannover. Unter „Vereinsmitteilungen“ der Mitgliederversammlung am 3. Februar rügte der Vorsitzende die das nichtgewerkschaftliche Verhalten einiger Mitglieder, welche nach Feierabend in andern Druckereien arbeiten, obgleich wir noch Arbeitslose am Orte haben. Der Vorstand hatte dieselben mit einer Geldstrafe belegt unter Androhung schärferer Maßnahmen, wenn sich derartige Fälle wiederholen würden. Für die am 3. Juli d. J. stattfindende Generalversammlung des Verbandes ersuchte der Vorsitzende um Einfindung von Anträgen, damit dieselben in einer der nächsten Versammlungen durchberaten und dem Vorstandsvorstande eingereicht werden könnten. Hierauf gab unser Kreis-

vertreter Pfingsten einen mit Beifall aufgenommenen Bericht von den letzten Lohnverhandlungen in Leipzig. Derselbe schilderte das eigenartige Verhalten der ostpreußischen Prinzipale, welche durch den Austritt aus ihrer Organisation, dem Deutschen Buchdruckerverein, glauben, unantastliche Zustände einführen zu können. Daß unsere Kollegen gegen derartige Bewegungen mit allen Mitteln sich zur Wehr setzen, ist selbstverständlich. Durch die aufstehenden Artikel in der „Zeitschrift“ seien die Verhandlungen sehr schwierig geworden, wie ja aus dem Beschlusbuch zu ersehen sei. Aber dennoch habe durch das energische Verhalten unserer Vertreter auch diesmal wieder der fast unüberwindliche Widerstand der Prinzipalvertreter gebrochen und ein kleiner Schritt vorwärts auf dem Gebiete der Lohnbewegung gemacht werden können. In der sich an die Ausführungen anschließenden Debatte wurde die Tätigkeit unserer Vertreter voll gewürdigt und anerkannt, gleichzeitig aber auch das von wenig sozialem Verständnis zeugende Verhalten einiger Prinzipalvertreter entsprechend kritisiert. Die Stimmung der Versammlung drückte sich in nachstehender, einstimmig angenommener Entschließung aus: „Die am 3. Februar abgehaltene Versammlung der Mitglieder des Verbandes der Deutschen Buchdrucker des Lokalvereins Hannover verkennt nach der ausführlichen Berichterstattung unseres Kreisvertreters nicht die Schwierigkeiten, unter denen es unsern Vertretern leider nicht möglich gewesen ist, ein den Wirtschaftsverhältnissen entsprechendes besseres Lohnabkommen mit der Prinzipaltät zu vereinbaren, erwarf jedoch, daß in Anbetracht der Anzuehmlichkeit der neuen Lohnverhältnisse das beschlossene Lohnabkommen zum nächstgelegenen Termin, also zum 1. März d. J., gekündigt wird und durch erneute Verhandlungen die Entlohnung auf gerechterer Basis aufzubauen. Des weiteren legt die Versammlung aber entschieden Protest ein gegen das mit dem Einführungsvertratte zum Deutschen Buchdruckerlarif über die Tarifgemeinschaft nicht im Einklange stehende Verhalten der Prinzipalvertreter im Tarifausschuß gegenüber den seitens der Gehilfenvertreter aus der Noilage der Gehilfenchaft heraus erhobenen Forderungen. Die Gehilfenchaft kann sich unter keinen Umständen damit einverstanden erklären, daß die Regelung der Lohnfrage seitens der Prinzipaltät lediglich abhängig gemacht wird von dem jeweiligen Anfeigen der Ingegnier und deren Auswirkung auf die Gegenwartslohn; sie verlangt vielmehr, daß in Zukunft die Entlohnung sich den Friedenslöhnen anzupassen habe unter entsprechender Berücksichtigung der zur Zeit des Lohnabkommens bestehenden Kaufkraft des Geldes. Unter keinen Umständen aber kann sich die Gehilfenchaft damit einverstanden erklären, daß die Prinzipaltät anscheinend heute schon den Standpunkt vertritt, daß die gezahlten Löhne zur Befreiung des Lebensunterhalts auskömmlich sind, da dieser Standpunkt mit den realen Tatsachen noch im schärfsten Gegensatz steht.“

Kassel. (Machinenteiler.) Die Hauptfabrik- versammlung der Maschinenfabrikverbindung Bezirk Kassel fand am 22. Januar in Kassel statt. Nach Erledigung geschäftlicher Mitteilungen fanden zwei Aufnahmen statt, wodurch nunmehr die Vereinigung wieder 50 Mitglieder zählt, mit Ausnahme eines einzigen sind sämtliche Maschinenfabriker im Bezirke spezialorganisiert. Nach Erstattung des Jahres- und Kassenberichts, die keinen Anlaß zu Monitis gaben, fand die Neuwahl des Vorstandes bzw. Wiederwahl des Vorsitzenden statt; anstelle des eine Wiederwahl ablehnenden Kollegen Fink wurde Kollege Heinrich Gesecke zum Kassierer gewählt. Die Technische Kommission blieb in ihrer bisherigen Zusammenstellung, außerdem wurde noch eine Tarifforschungskommission bestimmt. Der wöchentliche Beitrag ist 50 Pf. Der von Frankfurt angeregten Vorstandskonferenz anstelle der Gauversammlung stimmte man in Rücksicht auf die hohen Fahrkosten im allgemeinen zu. Die ungünstige geographische Lage unseres Gaues, die beiden Großstädte Frankfurt und Kassel liegen etwa 200 km auseinander, macht sich infolge der Fahrpreiserhöhungen recht unangenehm fühlbar, wodurch nunmehr auch unsere Sparvereiner, die bis zum vorigen Jahre Selbständigkeit hatten, betroffen wird; vielleicht befaßt sich die nächste Generalversammlung in Leipzig mit einer der Zeit entsprechenden praktischen Gauseinteilung. Unter „Technischem“ gab Kollege A. Schmidt den Anwesenden Belehrungen über Störungen am Abblegeschloß. Die Typographiker hatten Gelegenheits gebot, technische Fragen ihres Systems gleichzeitig bei der vor der Versammlung stattgefundenen Besichtigung der elektrischen „Volta“-Beheizung im Betriebe der Firma Weber & Welbemerer mit zu erledigen. Dieser Firma sei gleichzeitig an dieser Stelle für das freundliche Entgegenkommen vielmals gedankt.

Köln. (Korrektoren.) Die gutbesuchte Jahreshauptversammlung gedachte des zu Dortmund verstorbenen langjährigen Mitgliedes Albert Bische. Dieser Kollege hat auch in unserer Spartenreinigung, als es galt, das Neuland Westfalen für die Korrektoren zu gewinnen, hervorragend gearbeitet. Aber das Vereinsleben während der ersten neun Monate des vergangenen Jahres konnte der Vorsitzende nur Befriedigendes mitteilen, so wohl was die Teilnahme am Vereinsleben als auch das letztere im besondern anbelangt. Neben praktischen Angelegenheiten bildete insbesondere der § 69 des Tarifs, der von einer „der Schwierigkeit der Korrektorenarbeit entsprechenden Bezahlung“ handelt, den Mittelpunkt der Verhandlungen. Die Mitgliedschaft ist der Ansicht, daß es ein Widerspruch ist, den Korrektor geringer zu entlohnen als den, dessen Arbeiten er zu verbessern hat, und daß der § 69 nur in diesem Sinne gedeutet werden kann. Der Vorsitzende konnte die Erledigung der Korrektorenangelegenheiten durch die Zentralkommission in Berlin als

muffertätig bezeichnen, weshalb die Bezirksgruppe Köln die zu Neujahr von der Zentralkommission beantragte „Gehaltssteigerung“ einstimmig genehmigte. Die Bewilligung eines Beitrags von 250 Mk. durch den Ausschuss zur Fortbildung im graphischen Gewerbe ermöglichte es dem Verein, eine weitere Anzahl Werke sprachlichen Inhalts zu beschaffen. Demnach wird die Bücherei neu geordnet allen Mitgliedern wieder zur Verfügung stehen. Die „Zeitschrift des Allgemeinen deutschen Sprachvereins“ soll, einer Vereinbarung zufolge, jedem Mitgliede gegen einen Sonderbeitrag von 5 Mk. jährlich zugehen. Der Kassenbestand beträgt etwas über 300 Mk. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt. Wegen der im Mai hier abzuhaltenden Hauptversammlung des Rheinisch-Westfälischen Korrektorenvereins wurde der Monatsbeitrag vorläufig auf 5 Mk. festgelegt. Der Gesellschaft dienten mehrere gutbesuchte Unterhaltungsabende.

Leipzig. Am 1. Februar hatte der Bezirkskreisvertreter Gläß die Leipziger Buchdrucker zu einer allgemeinen Versammlung nach dem „Volkshaus“ eingeladen, um ihnen dort mündlich Bericht zu geben über die verlossene Tarifausschließung. Die scharfe Schreibweise der „Zeitschrift“ einleitend kennzeichnend, entrollte er ein anschauliches Bild von den diesmaligen Verhandlungen. Besonders betonte Redner die Hartnäckigkeit der Provinzprinzipale, die nicht das geringste Verständnis für die Noilage der Gehilfen aufbringen können. Je nach dem vorliegenden Interesse verweilt Referent länger oder kürzer bei diesem oder jenem Punkt und ließ durchblicken, daß ein Zug des schärfsten Klassenkampfes durch die ganzen Verhandlungen hindurchwehte. Ihn selbst könne das diesmalige Resultat auch nicht befriedigen, doch sei er sich dessen bewußt, daß die getroffenen Abmachungen nicht erbetelt, sondern erstritten seien. Die Aussprache über den Bericht sollte in ergebnisreicher Weise ein und brachte Redner der verschiedensten Parteien an das Rednerpult. Je nach Auffassung und Leidenschaftlichkeit wurde Kritik geübt an den getroffenen Abmachungen. Alle Redner waren sich darüber einig, daß das getroffene Lohnabkommen nicht befriedigend könne, wenn man sich vor Augen halte, wie läglich alle Preise im Steigen begriffen sind. Während ein Teil der Sprechenden die Sonde der Kritik an die Staffung der Löhne legte und darin eine Weisel gegen Verbetratete bei einretrender Krisis erblickte, suchte ein Redner diese Staffung dadurch zu begründen, daß doch der Verbetratete mit mehreren Köpfen in der Familie schwerer zu kämpfen habe als der Ledige. Eneergisch wies auch dieser Redner den vom ersten Verbetrateten erhobenen Vorwurf der Dunkelkammerpolitik zurück. In seinem Schlussworte zerstückelte Kollege Gläß die von einzelnen Kollegen in der Aussprache gemachten Ausführungen und rechnerische nochmals den Standpunkt der Gehilfenvertreter. Ein erndendes Zeugnis stellte er dabei unserm Vorstandsvorsitzenden selbst aus und erfuhr am Schluß, die getroffenen Abmachungen, als Abgleich hinzunehmen. Eine vom Kollegen Seider vorgelegte Entschließung verwerfender und mannigfach kritisierender Tendenz verließ der Ablehnung mit erheblicher Mehrzahl. — An diese Versammlung schloß sich eine Gauinitiatorenversammlung. Unter Punkt 1 der Tagesordnung gab Kollege Gläß die Vorkommnisse im Leipziger Vereine seit der letzten Versammlung bekannt. Zwei Mitglieder mußten der Versammlung zum Ausschluß empfohlen werden, und zwar der Faktor Gurenhoff, der eine Liga zum Schutze gegen Übergriffe der Betriebsräte zu gründen veruchte und als deren Spindeln fungierte, sowie der Seher Waage. Der zweite Punkt der Tagesordnung brachte die Berichterstattung über das verlossene Geschäftsjahr im Leipziger Gewerkschaftskartell. Kollege Seider als Referent berichtete in längerer und trotzdem knappgehaltenen Ausführungen über die dort geleistete Arbeit und vervollständigte diese an Hand reichhaltigen Ziffermaterials. In der hierzu geführten Aussprache wurde, wie schon mehrere Male, scharf gerügt, daß viele Kollegen die Versammlung vorzeitig verlassen und derartig wichtige Berichterstattungen vor leerem Saale stattfinden müssen. Bemängelt wurde auch, daß trotz Beschlusses der Leipziger Buchdrucker die Publikationen des Kartells nur in der „Leipziger Volkszeitung“ erfolgen, ebenso konnte man nicht verstehen, wie das Kartell seine Unterdrückung unter einen Aufruf zu Versammlungen der I.S.W. anschließend deren Parteilags leben konnte. Auch die nötige Zusammenarbeit des Kartells mit den einzelnen Ortsstellungen ist mangelhaft und sollte sehr zu wünschen-übrig. Der dritte Punkt der Tagesordnung befaßte sich mit der Neuwahl der Delegierten zum Gewerkschaftskartell. Nach einem durch die Versammlung angenommenen Antrag wurde die Wahl so vorgenommen, daß von drei eingereichten Listen je zwei Vertreter und je ein Stellvertreter gewählt wurden. Es wurde also jede Richtung gleichmäßig berücksichtigt. Der nächste Punkt brachte den Invaliden und arbeitslosen Kollegen anlässlich des 60. Stiftungstages ein Jegegeld von 15 Mk. Unter „Berichtedemem“ gelangte ein Antrag zur Annahme, der besagt, in der nächsten Versammlung ein Referat halten zu lassen über die zehn Punkte des W.D.S. — Anmerkung des Gauvorstandes: Auch an dieser Stelle sei nochmals gerügt, daß leider der Besuch aller Versammlungen in letzter Zeit ein sehr mäßiger war oder die Kollegen vorzeitig die Versammlung verlassen. Dieser Zustand müßte doch endlich beseitigt werden, denn er gereicht der großen Leipziger Mitgliedschaft wahrlich nicht zur Ehre. Mögen die Ursachen hierfür in der Ungunst der Jahreszeit oder in wirtschaftlichen Nöten zu suchen sein, vielleicht hat auch der manchmal recht leidenschaftlich geführte Kampf innerhalb der Organisation dazu beigetragen. Aber alles dies sollte gewerkschaftlich denkenden Kollegen keine Veranlassung sein, den Versammlungen der Organisation fernzubleiben.

Gewiß ist es für jeden ein Opfer, das er für seine Organisation bringt. Aber wir leben nun einmal in einer opferreichen Zeit, und da muß man von jedem einzelnen Kollegen verlangen, daß er seine gewöhnlichen Verfehrer unterläßt. Dies kann er nur tun, wenn er in den Versammlungen seine Stimme mit in die Waagschale wirft und das selbst mit zu erreichen sucht, was uns noch fehlt. Die Verammlung ist das Sprachrohr der Organisation und die dort gefassten Beschlüsse sind maßgebend für die Richtung der Organisationsarbeit. Schreibt keine pflichtmäßige Politik am Kassen und Maschine, sondern kommt in die Versammlungen und sagt dort, wo euch der Schuh drückt! Ist es nicht beauerlich, wenn äußerst wichtige Beschlüsse nur von einem kleinen Teile der Leipziger Mitgliedschaft gefaßt werden, nicht selten sogar noch bei größerer Stimmenthaltung? So kann und darf es unmöglich weitergehen! Darum rufen wir euch nochmals zu: Kollegen, beachtet die Versammlungen und gebt Fingerzeige, die die Last des alltäglichen Lebens mildern!

Leipzig. (Korrekturen.) Die Hauptversammlung am 15. Januar 1922 gedachte vor Eintritt in die Tagesordnung zweier verlorener Mitglieder. Beim ersten Punkte der Tagesordnung wurde beschlossen, dem Antrage der Zentralkommission, einen Kopfbetrag von wöchentlich 25 Pf. zu zahlen, beizutreten. Aus dem Jahresbericht ist besonders hervorzuheben: Die Vereinsgeschäfte wurden in acht Versammlungen und in zwei außerordentlichen Versammlungen erledigt. Der Kassenbestand beträgt 991,47 Mk. Der Mitgliederstand ist von 132 auf 165 gestiegen. Vorländer ist: Artur Schmiedel, Leipzig-Gellershausen, Grasdorfer Straße 20; Kassierer: Theodor Fritsch.

Ludwigsburg. Am 14. Januar fand unsre Generalversammlung statt, die von zwei Drifteln der Mitglieder besucht war. Der Mitgliederbestand beträgt zur Zeit 54. Vorländer Schilling gab den Jahresbericht. Wir hatten umsonst gehofft, in die Zone des Stuttgarter Lokalaufschlags eingereiht zu werden; mit 15 Proz. mußten wir uns behelfen. Der Verdrinnsabteilung, die unter dem Kollegen Sinderer eine rege Tätigkeit entfaltet, gehören zwölf Beibringer an. Dem Kassierer Bauer wurde für seine Mühe und Arbeit Entlastung erteilt. Die Wahlen konnten schnell erledigt werden, indem der ganze Ausschub wiedergewählt wurde. Mit der Erhöhung des Ortsvereinsbeitrags und der Entschädigungen an die Delegierten fand die Versammlung ihren Abschluß.

Soldin (Neumark). In der Generalversammlung des hiesigen Ortsvereins am 25. Januar wurde zum Vorländer Kollege Erich Gottschalk, zum Kassierer Kollege Ernst Jänick gewaht. Der bisherige Vertreter zum Gewerkschaftskartell wurde wiedergewählt. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Beim Punkte „Verchiedenes“ kamen allerlei Angelegenheiten zur Sprache. Erwähnungswert ist, daß der Verein auf 20 Mitglieder gewachsen ist, bei der Gründung waren es nur sieben. — Am 21. Santuar hatten sich die Kollegen mit ihren Angehörigen und geladenen Gästen zur Feier des zweiten Stiftungsfestes eingeladen. Bei Konzert, Theater, Ball sowie Preisquadräteln verließen die schönen Stunden leider zu schnell.

Speier. Am 21. Januar fand die diesjährige Generalversammlung des Bezirksvereins Speier statt. Der Vorländer bedauerte den mäßigen Besuch, gab aber seiner Freude Ausdruck über die etwas zahlreicher erschienenen jüngeren Kollegen und ermahnte sie, in Zukunft nun regelmäßig die Versammlungen zu besuchen und mehr Anteil zu nehmen an unsem Organisationsleben. Nach einem kurzen Rückblick über das vergangene Jahr durch den Vorländer gab Kollege Groß den Kassenbericht. Dann kam zum Ausdruck, daß Speier endlich einen höheren Lokalaufschlag erhalten müsse und Anpassung an das amtliche Ortsklassenverzeichnis zu erstreben sei. (Speier ist in Ortsklasse A und erhält nur einen Lokalaufschlag von 15 Proz. und 5,85 Mk. darüber als Ausgleich an den 17,7-prozentigen Lokalaufschlag; 25 Proz. müßten uns unbedingt werden.) Die leitende der Gewerkschaftskonferenz vorgenommene Beitragserhöhung fand keinen Widerspruch. Tarifreuterei haben wir zwei in unsem Bezirk; da ist neben der Hausdruckeri einer Schieferfabrik Tabakfabrik die hier am Orte befindliche Druckeri des Herrn Jean Fir; dieser Herr, einst selbst Mitglied unsem Verbandes, und zwar der radikalsten eines (Galzianer), ist schon längere Zeit kein Freund tariflicher Ordnung mehr. Bei der Wahl des Ausschusses wurden die Kollegen Hilck als Vorländer und Groß als Kassierer wiedergewählt, die übrige Besetzung erlvr keine Veränderung.

e. Stallupönen. Seit dem 6. Dezember v. J. befinden sich die Geheßen der beiden am Orte befindlichen Druckerien S. Kintke und U. Braack im Ausstande, da beide Firmen aus der Tarifgemeinschaft ausgestreun sind. Wie schon die andern befristeten Firmen, so suchen auch die hiesigen Prinzipale mit allen nur erdenklichen Mitteln Streikbrecher, sogar unter den hiesigen Streikenden, zu bekommen. Dem einen wird z. B. Lebensstellung bei tariflicher Entlohnung, dem andern Rückzahlung seiner gesamten Verbandsbeiträge, dem Dritten gar außer den beiden vorher bezeichneten „Vergünstigungen“ noch die Ausgleichung der Differenz zwischen tariflichem Minimum und Streikunersfüßigung versprochen. Bis jetzt haben alle hiesigen Kollegen auf diese „Vergünstigungen“ verzichtet. Leider haben sich aber auch noch hier einige Elemente gefunden, die den Streikenden in den Rücken gefallen sind. Mit Hilfe dieser und einer ganzen Schar „Küßhenn“ die, die noch aus der schönen Zeit stammen, da beide Firmen noch nicht der Tarifgemeinschaft angehörten, und den nötigen Überstunden ist es den Prinzipalen möglich,

ihren Betrieb aufrecht zu erhalten. Aber wie die Arbeiter, so auch das Organisations! Es macht ja hier auch nichts aus, wenn das, was die eine Zeitung ihren Lesern heute bietet, die andre als Abfall morgen bringt. Die Abonnenten, es handelt sich um ein rechtsgerichtetes Blatt, sind ja damit zufrieden, nur um an den streikluftigen Buchdruckern ein Gemüsel zu statueren. Das soll ihnen aber nicht gelingen. Versuche, Verhandlungen einzuleiten bzw. Nüßigungnahme mit den Streikbrechern und Alarmierung der Gewerkschaften wegen dauernder Überstreckung des Abdruckbetriebs blieben ergebnislos resp. es erfolgten Massenanklagen bei der Staatsanwaltschaft wegen Nüßigung, Verdröhung usw. Jedenfalls werden wir dem weiteren Fortgange des Kampfes mit aller Ruhe entgegensehen und sind fest gewillt, in diesem uns aufzueingewungenen Kampf auszuharren, bis der Sieg unser ist und die wahnwichtige Behauptung eines Prinzipals am ersten Streiktag, daß die Arbeiter nach acht Tagen von selbst in die Betriebe zurückkehren, ins Wasser fällt!

□ □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

Nachahmenswerte Beispiele. Die Firma G. Mühlthalers Buch- und Kunstdruckeri in München übergab dem Angestelltenrate 5000 Mk., dem Arbeiterate der Firma 10050 Mk. zur Verteilung, wovon die Angestellten je 500 Mk., die Geheßen 100 und 90 Mk., die Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen 70, 60, 50 und 40 Mk. erhielten. Die Beibringer erhielten 20 Mk. — Die Buchdruckeri J. Pfeiffer („Babische Volkszeitung“) in Baden zahlte einem Seherkollegen aus Anlaß seines fünfundwanzigjährigen Geschäfts Jubiläums eine Beihilfe von 1500 Mk.

Die graphischen Betriebsräte Breslaus zur Zeitungsnot. Auch die Betriebsräte der graphischen Industrie in Breslau eruchten in einer Entschlieung die Reichsregierung, unermäßig alle geeigneten Maßnahmen zur Befreiung der unterkältesten Gefährdung der Tagespresse zu ergreifen. Das Bemühen, dagegen etwas auszurichten, soll anerkannt werden. Inerwähnt darf aber nicht bleiben, daß manchmal in einzelnen Punkten auch Forderungen erhoben werden, die in ihrer letzten Konsequenz sich eher zum Nachteile für die Arbeiterkassier auswirken könnten. Man wäge deshalb solche Beschlüsse sorgfältig vorher sorgfältig ab.

Eine Ziegeldruckpresse ohne Ziegel. Eine sächsische Buchdruckmaschinenfabrik hatte voriges Jahr die Absicht, zur Zugeramete eine der Ziegeldruckpresse ähnliche Maschine ohne Ziegel vorzulühren. Da aber die Versuche gewiß ohne vollen Erfolg geblieben waren, wurde sie nur im Wibe gezeigt. Die Miehle Printing Press and Manufacturing Co. in Chicago schickte ihr nun unvorskommen zu sein. Im „Inland Printer“ ist eine von der Firma hergestellte Ziegeldruckpresse abgebildet, die mit verikal über die Druckform laufendem Zylinder ausgerüstet ist; er geht mit dem Walzenstüb über die Form. Das Papier wird ihm selbsttätig zugeführt und nach dem Druck ausgelegt. Das Formbeil ist unbeweglich und senkrecht, wie bei jedem Ziegel. Bei ihrer kürzlich in Amerika erfolgten Vorführung soll die Maschine großen Anklang gefunden haben.

Abteilung von Elektrizität aus einem Papierstoffe. Welcher Druckerkollege hätte nicht schon oft unüberwindliche Schwierigkeiten namentlich beim Verdrucken von neuangeleiertem Papier gehabt. Das Papier läßt sich durch die im Papierstoff enthaltene Elektrizität weder stoff einlegen, noch geht es ohne Störung durch den Galzapparat. Das Papier hallet eben selbst aneinander. Bekannte Mittel, wie das Anfeuchten und ähnliches sind in solchen Fällen vergeblich, wenn auch häufig Ausschütteln und Wälzen zum Ziele führen. Ein einfaches Mittel hat aber in den schwierigsten Fällen schon oft Abhilfe geschaffen. Ein Eisenblech, in dem ein Leitungsdrabt oder eine Leitungsableitung befestigt ist, wird in den Papierstoff geschoben und den Drabt oder die Kette läßt man in ein Gefäß mit Wasser münden, in das die Elektrizität, nachdem sie sich in der Platte gesammelt hat, abgeleitet wird; wobei darauf zu achten ist, daß das Gefäß auf isoliertem Fußboden steht oder noch eine entsprechende Ableitung nach der Erde außerhalb des Maschinenraumes hat.

Die „Papierzeitung“ als Bahnbrecher für das Ausstandsgeheiß. Nummer 15 von der „Papierzeitung“ ist erstmalig als Nummern erschienen. Sie hat einen Umfang von 204 Seiten und gibt insbesondere ein Bild von der Bedeutung der Papierzeugung, der Papierverarbeitung und des Druckwesens sowie des Maschinenbaues für diese Industrien. Die ersten fünf Aufsätze sind ihrer Bedeutung wegen außer in Deutsch noch in Englisch, Spanisch und Französisch wiedergegeben und auch die Inserate haben teilweise neben deutschen fremdsprachlichen Text. Von Zeit zu Zeit sollen weitere Nummern erscheinen, dazu bestimmt, das weitere Reisen und Inferieren im waldstarren Auslande zu erlehen.

Konkurse von Buchdruckerien. Aber das Vermögen des Zeitungsverlegers Walter Börl in Leipzig-Neuschönefeld, in dessen Verlage die „Nachtpost“ erscheint, wurde am 7. Februar und über das Vermögen des früheren Buchdruckerbesizers Johann Rechner in Nürnberg (zur Zeit in Untersuchungshaft) wurde am 11. Februar das Konkursverfahren eröffnet.

Karl Bücher als erfolgreichster Zeitungswissenschaftler geehrt. Bei einer schlichten Feier des 75. Geburtstags des Geheßrats Professor Dr. Karl Bücher in

Leipzig, der als ältester und erfolgreichster Wissenschaftler auf dem Gebiete des Zeitungsweins gelehrt wurde und als solcher auch unsern Kollegen bekannt geworden ist, wies der Geheßerte in seinen Dankesworten darauf hin, daß das Institut für Zeitungskunde in Leipzig die Freude und der Stolz seines Alters lie, dem er für den Rest seiner Erdentage weiterhin seine Kräfte widmen wolle. Nachdrücklich hob er die Bedeutung einer wissenschaftlichen Durchbildung des Journalisten hervor, der, da er täglich Tausenden das geistige Brot zuschneide, die beste aller möglichen Schulung erhalten müsse. Er gab noch der Hoffnung Ausdruck, daß das Gebiet der Zeitungskunde in Zukunft mehr als bisher Gegenstand ernster, einbringlicher Forscherarbeit sein möge und daß namentlich an der Leipziger Universität bald eine Professur für Zeitungskunde ins Leben gerufen werden müsse.

Bestrafte Folgebauausgabe in Rautenberg a. S. Die Stadt Rautenberg l. S. hatte ohne behördliche Genehmigung Folgebauausgabe drucken lassen und in den Verkehr gebracht. Dafür wurden die verantwortlichen Personen, der Bürgermeister und drei Senatoren der Stadt, von der Strafammer in Göttingen zu je 12500 Mk., dem gesetzlich gefassten Betrage der ausgegebenen Scheine in Höhe von 1250 Mk., verurteilt.

Die Ankerdruckeri in Cambridge in England. Diese einstens bedeutendste Geheßerdruckeri Europas beging kürzlich den 400. Jahrestag ihres Bestehens. Sie hat ihren alten Ruf durch hervorragende neue Leistungen auf buchhändlerischem Gebiete in letzter Zeit aufs neue bewährt. Ihre Gründung soll auf einen Deutschen zurückzuführen sein, dessen Name Johann Sieberich an seine Geburtsstadt Sieburg bei Köln erinnert. Von seinen Buchdruckerarbeiten sind nur noch acht Proben erhalten.

Steuerfreie Nachbildenkaufen. In Nr. 1 berließen wir unter obiger Stichmarke, daß der Reichsfinanzminister die Nachbildenkaufen für steuerfrei erklärt habe, da diese Zulagen nur als Entschädigung für Mehrkosten der Ernährung in Betracht kämen und es sich nur um eine Aufwandsentschädigung handle. Wir knüpfen daran die Selbstverständlichkeit, daß auch den Arbeitern die Vergünstigung zustehen muß. Der Ortsauschub des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Hamburg hat sich daraufhin an das Finanzamt Interels mit dem Ersuchen gewandt, die Nachbildenkaufen der Arbeiter ebenfalls freizulassen. Auf Vorladung wurde dem Vertreter des Ortsauschusses vom Finanzamt jedoch erklärt, daß die Nachbildenkaufen der Postbeamten mit denen der Arbeitern für Nacharbeit gezahlten Zuschlägen durchaus nicht zu vergleichen seien. Hier käme, soweit es sich um Überarbeit handle, der prozentuale Überstundenzuschlag in Betracht. Erhöht die Nachzulagen der Postbeamten sehr gering wären, würden Bedenken dagegen nicht erhoben, wenn die Unternehmer von dem den Arbeitern für Nacharbeit gezahlten Beträge etwa 2-3 Mk. pro Nacht als Aufwandsentschädigung zahlen und demgemäß in den Steuerformularen verdruchen würden. Glaube jedoch ein Arbeiter höhere Ausgaben nachweisen zu können, dann müsse er sich mit seinem Steuerbuch an das Finanzamt mit dem Ersuchen wenden, ihm den Betrag für Werbungskosten zu erhöhen.

Johann Siebert †. Einer der ältesten Veteranen der Gewerkschaftsbewegung, der frühere Vorländer des Schuhmacherverbandes, Johann Siebert, ist in Nürnberg im Alter von über 84 Jahren gestorben. Den jüngeren Gewerkschaftsmitgliedern weniger bekannt, ist ein langes, inhaltreiches Leben zur Ruhe gekommen. Möge die Lebensarbeit Sieberts besonders für unsre Jüngeren nicht nur ein Ansporn zur treuen Pflichterfüllung im Dienste der Allgemeinheit, sondern auch eine Mahnung sein an das grobe Maß selbstloser Arbeit, das unsre Älten in der Sturm- und Drangperiode der Arbeiterbewegung für den Aufbau der Gewerkschaften geleistet haben.

Die Demobilisierungsverordnungen bleiben bestehen. Die drohende Aufhebung der Demobilisierungsbestimmungen, die in Gewerkschaftskreisen zu nicht unbegründeten Besorgungen Anlaß gab, da die Verhandlungen zum Zweck der Stillüberleitung in entsprechende Reichsgeheße ins Stocken geraten waren, veranlaßte den Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, bei den Reichsbehörden die Fortführung der Schutzbestimmungen zu erwirken. Das steht nunmehr nach einer Mitteilung des Reichsministers des Innern in Aussicht. Mit Beschlusung wird danach an einem Geheßentourle gearbeitet, durch den die Geltungsdauer der Demobilisierungsverordnungen verlängert werden soll.

Das Schicksal der Deutschen Werke. Der dicke Schalter, der über der Entscheidung der Volkswirtschaftler bezügliche der Deutschen Werke noch schwebte, ist nun endlich durch die Veröffentlichung der Note Nollets gelöst worden. Wenn auch grundsätzlich diese der bereits angeordneten Maßnahmen aufrechterhalten bleiben, ist doch in den meisten Fällen die provisorische Aufrechterhaltung des status quo genehmigt worden. Mit Genugtuung kann festgestellt werden, daß die Note eine ganz Anzahl erheblicher Zugeländnisse enthält und damit Millionenwerte, die nach den ursprünglichen Anordnungen der Interalliierten militärischen Kontrollkommission einer sinnlosen Zerstückung preisgebende Stinwels Nollets auf Berücksichtigung der Arbeiterinteressen, daß bei Durchführung von Maßnahmen möglichst keine Arbeitslosigkeit entsteht, ist anzuerkennen. Die fast einmütige Stellungnahme der deutschen Arbeiterkassier, die Beschlusungsstelle der französischen Gewerkschaftsdelegierten gelegentlich der Genfer Tagung (durch die freien Gewerkschaften veranlaßt) gelten hierin ihre Auswirkung. Die deutsche Arbeiterkassier hat

